

## **V-16 Demokratiebildung an Schulen stärken – Eine mündige Gesellschaft braucht politische Bildung**

Antragsteller\*in: Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Konkurrenz, Leistungsdruck, Tests bis zum Abwinken, Entscheidungen über die Köpfe  
2 von  
3 Kindern hinweg: Schule kann manchmal sehr frustrieren. Dabei ist das Ziel von  
Schule in  
unserem Schulgesetz klar definiert:

4           *Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind,*  
5           *der Ideologie*  
6           *des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden*  
7           *politischen*  
8           *Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und*  
9           *gesellschaftliche Leben*  
auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der  
Menschenwürde, der  
Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu  
gestalten. (§  
1 Auftrag der Schule)

10 Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren unsere demokratischen Strukturen noch  
11 nie so  
12 stark von demokratifeindlichen Kräften bedroht wie heute. Es ist daher besonders  
in dieser  
14 Situation essenziell, dass Politik die Rahmenbedingungen schafft, damit das Ziel  
unserer  
Schule auch erreicht wird. Für eine starke Demokratiebildung in Berlin brauchen  
wir deshalb  
folgende fünf Bausteine:

15 **1. Demokratiebildung entfristen: Demokratieförderung nicht von Haushaltslage  
abhängig machen**

16 Träger der Demokratiebildung begleiten Schüler\*innenvertretungen, bringen  
17 Demokratiebildung  
18 in den Klassenraum, fördern die Selbstwirksamkeit von Schüler\*innen und  
19 unterstützen Schulen  
20 fachlich bei Themen wie Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus. So können  
21 auch an  
22 Schulen notwendige Dialog-Räume für sensible Themen wie den Krieg in der Ukraine  
23 oder den  
Israel-Palästina-Konflikt geschaffen werden. Gerade nach dem 7. Oktober 2023 ist  
diese  
professionelle Begleitung von Schulen wichtiger denn je. Trotzdem werden Träger  
der  
Demokratiebildung aktuell nur als Zuwendungsempfänger\*innen im Berliner Haushalt  
geführt und  
sind daher alle zwei Jahre von Kürzung oder kompletter Streichung bedroht.

24 Wir müssen deshalb endlich mit einer institutionellen Förderung die Verstärkung  
25 der  
26 Förderung von Demokratiebildungsträgern erreichen. Demokratiebildung ist kein  
27 Projekt von  
28 zwei Jahren, sondern braucht langfristig angelegte Strukturen, Beziehungsaufbau  
29 und  
30 Supervision. Für die Daueraufgabe Demokratiebildung braucht es auch Dauermittel.  
31 Die  
32 Gesamtstrategie der Bildungsverwaltung für politische Bildung an Berliner Schulen  
33 bietet  
eine gute fachliche Grundlage und stellt wichtige Instrumente zusammen.  
Allerdings ist für  
ihre Umsetzung kein Geld vorgesehen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen  
Lage an  
Berliner Schulen und in außerschulischen Begegnungsorten reicht die derzeitige  
Finanzierung  
für eine qualitativ nachhaltige Arbeit in der ganzen Stadt nicht aus. Dafür  
brauchen wir  
auch auf Landesebene endlich ein Demokratiefördergesetz.

## 34 **2. Demokratiebildung in Rahmenlehrplänen und Fortbildungen stärken**

35 Demokratiebildung gehört fest in den Rahmenlehrplänen verankert, um Jugendlichen  
36 die  
37 kritische Auseinandersetzung mit Machtungleichgewichten und diskriminierenden  
38 Strukturen zu  
39 ermöglichen. Dazu gehört die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und  
40 die  
41 Überprüfung von Lehrinhalten auf diskriminierende Stereotype und  
42 Marginalisierungen. Themen

43 wie Antidiskriminierung, (De-)Kolonisierung, Rassismus und Antisemitismus müssen  
44 fächerübergreifend und verpflichtend in den Unterricht integriert werden.  
Schüler\*innen  
sollen frühzeitig für soziale Ungleichheiten und damit verbundene Privilegien  
sensibilisieren werden. Ziel ist es, diskriminierende Stereotype und  
eurozentrische  
Geschichtsnarrative aufzubrechen und das Wissen unterdrückter Gruppen in den  
Bildungsalltag  
zu integrieren.

45 Antidiskriminierung und Demokratie sind jedoch nicht allein  
46 Unterrichtsgegenstände, sondern  
47 müssen in den Schulen gelebt werden. Für eine gelingende Demokratiebildung  
48 brauchen wir  
49 daher dringend eine diskriminierungskritische Professionalisierung von  
50 Lehrkräften durch  
51 entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im Rahmen des neuen Berliner  
52 Landesinstituts. Wir wollen Lehrkräfte befähigen, auf Hassbotschaften und  
diskriminierendes  
Verhalten im Unterricht angemessen zu reagieren. Hierzu sind niedrigschwellige  
Fortbildungsangebote auch im Bereich der Medienkompetenz und die Bereitstellung von  
diskriminierungskritischen Lehrmaterialien unerlässlich.

### 53 **3. Bildungserfolg breiter fassen: Demokratiebildung in die Schulsteuerung**

54 Ein zentrales Ziel der Berliner Schule ist, Persönlichkeiten herauszubilden, die  
55 in der Lage  
56 sind, dem Nationalsozialismus entgegenzutreten. Trotzdem wissen wir viel zu wenig  
57 darüber,  
58 ob unsere Schulen dieses Ziel überhaupt erreichen. Deshalb werden wir Ressourcen  
59 zur  
60 Verfügung stellen, damit zukünftig nicht nur die mathematischen und sprachlichen  
61 Kompetenzen  
62 der Berliner Schüler\*innen, sondern auch ihre Demokratiekompetenzen regelmäßig  
63 erhoben  
64 werden. So können auch diese Bildungsziele untersucht und mittels Unterstützung  
65 durch die  
66 Schulaufsicht adressiert werden. Klar ist dabei aber auch: Demokratie ist nicht  
67 nur ein  
Bildungsthema, sondern muss auch in der Schule praktiziert werden. Wir brauchen  
daher nicht  
nur Informationen über Demokratiekompetenzen, sondern auch ein Monitoring über  
den Status  
quo von Demokratie und Beteiligungsstrukturen an Schule: Wo gibt es Klassenräte,  
wie gut

funktioniert Schüler\*innenvertretung, erfolgt Feedback zwischen Schüler\*innen und Pädagog\*innen in beide Richtungen und wie ist das Schulklima? Auf dieser Datengrundlage müssen wir dann über die Schulaufsichten Unterstützung an die Schulen bringen, die sie besonders benötigen.

68 **4. Wer was verändert, glaubt an Veränderung: Beteiligung, aber richtig!**

69 Essenziell für Demokratie ist ein respektvolles Miteinander auf Augenhöhe und  
70 echte  
71 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Wenn Kinder frühzeitig  
72 erfahren,  
73 dass ihre Stimme zählt, sind sie weniger empfänglich für autokratische  
74 Strukturen. Deshalb  
75 brauchen wir Mitbestimmung nicht erst ab 16 oder 18: Mit dem Klassenrat, der  
76 Schüler\*innenvertretung und dem Schüler\*innenhaushalt haben wir gute Strukturen,  
77 die aber an  
78 zu vielen Schulen entweder noch gar nicht etabliert sind oder stärker unterstützt  
werden  
müssen. Gerade an vielen Grundschulen wird Beteiligung bisher noch nicht groß  
geschrieben,  
auch schulgesetzlich braucht die SV hier mehr Rückhalt. Als Grüne fordern wir  
einen  
Schüler\*innenhaushalt, ein Klima der Beteiligung und eine gute Begleitung durch  
entfristete  
Fachkräfte an jeder Schule.

79 Auf bezirklicher Ebene braucht es Standards für die pädagogische Begleitung und  
80 fachliche  
81 Ausstattung der Bezirksschüler\*innenausschüsse, in die künftig auch  
82 Grundschüler\*innen  
83 einbezogen sein sollen. Auch für den Unterricht selbst gilt: Lernende müssen  
84 stärker in die  
85 Entscheidungen über ihre Bildungsinhalte einbezogen werden. Auch außerhalb von  
86 Schule  
87 brauchen Jugendliche und Kinder Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb unterstützen  
wir die  
Initiativen in vielen Bezirken, Interessensvertretungen von Kindern und  
Jugendlichen  
aufzubauen und werden sie finanziell unterstützen. Außerschulisches  
ehrenamtliches  
Engagement von jungen Menschen wollen wir stärken und durch Anerkennung,  
Freistellung und  
unterrichtliche Anbindung besser mit Schule vereinbaren.

## 88   **5. Eine starke Landeszentrale für politische Bildung**

89   Unzählige Schüler\*innen, Lehrkräfte und Eltern verlassen sich auf die guten  
90   Materialien der  
91   Landeszentrale für politische Bildung, besuchen ihre Veranstaltungen oder  
92   profitieren von  
93   Ihrer Expertise im Bereich der Demokratiebildung. Trotzdem will die CDU-geführte  
94   Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die rechtlich verankerte  
95   Unabhängigkeit der  
96   Landeszentrale für politische Bildung nun durch eine politisch besetzte  
97   Stabsstelle massiv  
98   beschneiden. So soll die Stabsstelle der Landeszentrale inhaltliche Vorgaben für  
99   ihre Arbeit  
100   machen, die veröffentlichten Materialien der Landeszentrale kontrollieren und  
101   sämtliche  
102   Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrollieren. Diese  
103   politische  
104   Einflussnahme steht im starken Spannungsverhältnis mit der im  
105   Erwachsenenbildungsgesetz  
106   festgeschriebenen Überparteilichkeit der Landeszentrale und stellt auch die  
fachlichen  
Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über  
Jahrzehnte  
demokratischer Konsens waren, in Frage. Als Grüne stehen wir klar an der Seite  
einer  
unabhängigen Landeszentrale für politische Bildung und werden sie weiter stärken.  
Dafür war  
der von uns mit auf den Weg gebrachte zweite Standort der Landeszentrale ein  
erster Schritt,  
um die Öffnung in die Stadtgesellschaft zu stärken und weitere Themenschwerpunkte  
zu  
ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einrichtung einer  
Koordinierungsstelle  
außerschulische politische Bildung und Schule sowie der Ausbau aufsuchender  
politischer  
Bildungsangebote.

107   Besonders für den Bereich der Erwachsenen- und außerschulischen Bildung braucht  
108   es noch mehr  
109   Materialien, Bildungsangebote und Konzepte, um auch die Menschen zu erreichen,  
110   die nicht  
mehr zur Schule gehen. Dafür sind insbesondere der öffentliche sowie der digitale  
Raum von  
großer Bedeutung.

## Unterstützer\*innen

Meike Paula Berg (KV Berlin-Neukölln), Manuel Honisch (KV Berlin-Kreisfrei), Louis Krüger (KV Berlin-Pankow), Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Philip Fliegel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Markus Schopp (KV Berlin-Mitte), Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Kristin Kosche (KV Berlin-Mitte), Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin), Florian Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Lisa Dieminger (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Tilo Pätzolt (KV Berlin-Kreisfrei), Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei), Olga Koterewa (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tilman Kern (KV Berlin-Lichtenberg), Marit Schatzmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schönrock (KV Berlin-Kreisfrei), Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau), Christoph Husemann (LV Berlin), Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Meike von Appen (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Jonas Jubitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Lea Rajewski (KV Berlin-Mitte), Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Michael Heinke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Simon Cames (KV Berlin-Pankow), Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln), Mirjam Michel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Daniela Wannemacher (KV Berlin-Neukölln), Lisa Karoline Ruppel (KV Berlin-Neukölln), Werner Heck (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Antonia Tretter (KV Berlin-Neukölln), Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Tilman Schade (KV Berlin-Pankow), Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln), Klara Schedlich (LV Grüne Jugend Berlin), Susann Worscheck (KV Berlin-Neukölln), Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Tom Kipp (KV Berlin-Neukölln), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Fabian Schlecht (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Catherine Müller-Wenk (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Peter Gunkel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Frank Schubert (KV Berlin-Pankow), Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Jochen Jürgensen (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Alexandra Bendzko (KV Berlin-Mitte), Jens Augner (KV Berlin-Reinickendorf), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Freya Engel (KV Berlin-Neukölln), Alexander Czempas (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Anne Albers (KV Berlin-Kreisfrei), Lena Möller (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Henning van Ackeren (KV Berlin-Pankow), Katja Borchert (KV

Berlin-Pankow), Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte), Oliver Timm (KV Berlin-Neukölln), Philipp Evenburg (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)